Die Entscheidung des Obergerichts über die bevorstehende Wahl.

Die Entscheidung des Obergerichts bezüglich der bevorstehenden Constitutions-Wahl hat eine größere Tragweite, als Manche vielleicht denken mögen. Das Urtheil lautet dahin, daß die Verfassungs-Convention kein Recht hatte eine besondere Wahl-Commission für Philadelphia zu ernennen und daß hier, ebenso wie im ganzen Staat die Wahl nach dem allgemeinen Wahlgesetz von den regulären Wahlbehörden vorgenommen werden muß. Der Leser könnte denken, daß es wenig darauf ankomme, ob diese oder jene Beamten bei der Wahl fungiren. Die Convention hatte jedoch gute Gründe die Wahl in Philadelphia unter besondere Commissioners zu stellen. Sie wollte die überwältigende Macht der Rings und ihrer Trabanten in Philadelphia beseitigen, und eine wirklich freie Abstimmung ermöglichen, damit die zu erwartende günstige Entscheidung im ganzen Staat für die Constitution nicht durch das Votum in Philadelphia vernichtet werde, wo die Rings mit aller Energie dagegen arbeiten, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten.

Den alten Umtrieben der Corruption und Stimmenfälschung bleibt also, zufolge der Entscheidung des Obergerichts freier Spielraum. Das ist betrübend und kann zu einem schlimmen Ausfall der Abstimmung führen. Man weiß ja, daß vor der „frechen Geschicklichkeit" der Rings jede Opposition zur Minorität verdammt ist, mag man sie auch noch so mächtig durch ihre Zahl wähnen; vor der Macht der Rings kann sie auf keinen Sieg hoffen.

Noch viel wichtiger als dieses Resultat der Entscheidung des Obergerichts aber sind die Gründe, auf welchen dieselbe beruht. Das Gericht sagt in seiner einstimmigen Erklärung, daß eine Verfassungs-Convention entweder durch das Gesetz oder durch Revolution berufen werde, das Gesetz aber werde durch die Staats Legislatur repräsentirt. Im vorliegenden Fall war von keiner Revolution zu deren Ausübung das Volk allerdings im dringenden Nothfall das Recht hat, keine Rede; die Convention wurde durch die Legislatur auf gesetzlichem Wege berufen und hat sich all den Bestimmungen zu fügen, welche die gesetzliche Repräsentation des Volkes bezüglich ihrer Thätigkeit getroffen hat. Und dazu gehört auch die Bestimmung, daß die Abstimmung über die neue Constitution nach dem bestehenden allgemeinen Wahlgesetz stattfinden solle.

Mit andern Worten heißt das, die Verfassungs-Convention steht unter Aufsicht und Regulirung der Legislatur. Das ist der wichtige Punkt. Diese Entscheidung ist überraschend und muß allgemeines Bedenken erregen. Hierbei kann man sich unmöglich beruhigen und wenn man sich auch im gegenwärtigen Falle fügt, so muß doch nach Mitteln gerachtet werden, um dieser Rechtsansicht die Herrschaft zu nehmen.

Wo bleibt die Freiheit des Volkes, wenn eine korrupte Legislatur durch alle möglichen Beschränkungen jede freie Bewegung einer verfassungsgebenden Convention verhindern kann? Wie kann eine gründliche Verfassungs-Reform dabei geschert werden? Wie das Obergericht die Machtvollkommenheit der Convention beurtheilt, hat man bei verfassungsgebenden Conventionen bis jetzt nicht verfahren.

Die Thätigkeit einer Legislatur bezüglich einer solchen Convention beschränkt sich, nach allgemein herrschender Rechts-Ansicht auf die Berufung der Convention. Damit steht diese auf dem gesetzlichen Boden und ist kein revolutionäres Institut. Hiermit aber hört aller Einfluß, alle Controlle der Legislatur auf. Die Convention ist vom Volk als der Repräsentant seiner souveränen Willens-Aeußerung gewählt, und in dieser unbeschränkt. Nur die Bestimmungen der Ver. Staaten Constitution, welche eine republikanische Verfassung und die Grundrechte garantiren, dürfen nicht verletzt werden, außerdem ist die Convention souverän in ihren Beschlüssen was den Inhalt betrifft und die Art, wie dieselben eingeführt werden sollen, wozu auch die Abstimmung darüber gehört.

Das ist die allgemeine herrschende Rechts-Ansicht in allen Staaten der Union, ja in allen civilisirten Ländern. Das Staatsobergericht ist anderer Ansicht und die Bürger haben sich derselben zu fügen. Man hatte geglaubt, die Legislatur habe ihre Befugniß überschritten, als sie Beschränkungen für die Thätigkeit der Convention festsetzte; das Obergericht aber erklärt, daß die Convention ihre Befugnisse überschritt, als sie jene Beschränkungen nicht beachtete, womit die erstere zum gehorsamen Diener einer corrupten Legislatur degradirt ist. Wo bleibt nun noch eine Garantie für den freien Willensausdruck des Volks?

Für den vorliegenden Fall ist wahrscheinlich Nichts mehr zu machen. Aber das Prinzip — eine Verfassungs-Convention steht über der Legislatur (Concilium supra papam) — sollte einem höheren Richter zur Entscheidung vorgelegt werden. Nur dieser Richter ist das Ober-Bundesgericht. Dies dem Volk in der Ver. Staaten Constitution garantirte Grundrecht der Selbstbestimmung ist durch die Entscheidung unseres Staats-Obergerichts verletzt, und dagegen ist die richtige Instanz das Ober-Bundesgericht. Das liegt im Interesse des Volkes nicht bloß in Pennsylvanien, sondern in allen Staaten.

Die Pennsylvanier aber mögen aus dieser Entscheidung erkennen, wie nöthig es ist, durch eine neue Constitution die Macht der korrupten Rings und Demagogen zu brechen, welche durch die Legislatur die freie Selbstregierung des Volkes so zu beschränken wagen, daß dieselbe sich nicht einmal durch eine Verfassungs-Convention ungehindert geltend machen kann, auf dem einzigen Wege, welchen man bis jetzt noch für vollkommen frei hielt.

Nur Hundert Millionen.

Werden die Banditen auf Cuba sich ihrer National-Regierung fügen und den „Virginius" ausliefern oder nicht? Das ist die Frage. Der Colonial-Minister ist von Madrid (einige Zeitungen nennen ihn komischer Weise den Ultramarin-Minister, weil er die überseeischen- oder spanisch die Ultramarin-Angelegenheiten unter sich hat) zur Havana angekommen und sucht durch ernste Vorstellungen die Freiwilligen und die Casinos, namentlich „ihren König" Zaluenta zur Vernunft zu bringen. Diese Thätigkeit ist eine so schwierige, daß auch dieser Minister seine Resignation eingeschickt haben soll. Dennoch mag den Freiwilligen der Gedanke kommen, daß sie zwischen zwei Feuer gerathen werden, wenn sie Herrn Castelar nicht wenigstens scheinbar gehorchen. Die Cubaner auf der einen und die Ver. Staaten Flotte auf der andern Seite müssen selbst für die Prahlsucht dieser Banditen allzu bedenklich werden. So machen sich jetzt Stimmen geltend, welche vorschlagen den „elenden Yankees" den „Virginius" auslisfern zu lassen, aber nur Hundert Millionen Schadenersatz von ihnen für die Angriffe durch Filibuster gegen Cuba zu fordern.

Die Vereinigten Staaten erhielten 15 Millionen von England, wegen Ausrüstung des „Alabama" etc. in seinen Häfen. Nach diesem Verhältniß und der Größe des angerichteten Schadens würde den Banditen auf Cuba vielleicht 15 Cents Schadenersatz durch ein Schiedsgericht auf Cuba zugesprochen werden, wenn die Vereinigten Staaten ihre Rechnung wegen gestörter Schifffahrt und Erwerbung ihrer Bürger, und wegen steter Kriegsgefahr einreichen.

Wenn die Hidalgos auf Cuba jetzt nachgeben, geschieht es dies um später nach dem erwarteten Sturz der Republik zu Madrid sich desto blutiger und frecher zu rächen.

Der Jahresbericht des Chefs des Signal-Bureaus.

General Meyer berichtet, daß von 92 Stationen Wetterberichte geliefert wurden; 78 hiervon befinden sich innerhalb der Ver. Staaten, 11 in Canada und 3 auf den westindischen Inseln, und zwar in Havana, Kingston und Santiago de Cuba. Drei weitere Stationen auf den Inseln Barbadoes, Porto Rico, Guadeloupe würden demnächst errichtet werden. Wetterberichte und Karten werden nach wie vor täglich, wöchentlich und monatlich ausgegeben und der Presse mitgetheilt; allen Postämtern würden, im Interesse der Landbebauer, solche übermittelt. Die Sturmsignale hätten viel zur Sicherheit der Schifffahrt beigetragen. Die Wasserstiefe der flüsse wurde täglich festgestellt und zur Beobachtung der Lufterscheinungen in den höheren Regionen sei außer dem Observatorium auf Mount Washington, N.-H., und Mount Michael, N. C., ein solches auf Pikes Peak, Cal., in einer Höhe von 14,215 Fuß errichtet worden. Ferner seien Vorrichtungen getroffen, um Signalstationen auf Leuchtthürmen und Lebensrettungsstationen an der atlantischen flüste zu etabliren, soweit dies die vorhandenen Mittel gestatten. Mit Rußland und der Türkei werde man von Neujahr ab tägliche Wetterberichte wechseln und der Empfehlung des zu Wien abgehaltenen meteorologischen Congresses gemäß sei der Beitritt der andern Mächte hier zu gewärtigen. Während des verflossenen Jahres wären zu Fort Whipple, Va., 6 Offiziere und 67 Soldaten im Signal- und Telegraphendienste unterrichtet worden.

Schließlich erneuert Gen. Meyer seine Empfehlung, dem Signal-Corps eine permanente Organisation zu geben.

Architect Mullet's Report.

Der Jahresbericht des Supervisors und Architect Mullet sagt, daß an folgenden Orten Bauplätze für öffentliche Gebäude gekauft worden sind: in Covington, Kentucky; Dover, Delaware; Evansville, Indiana; Fall River, Massachusetts; Port Huron, Michigan und Parkersburgh, West Virginia.

Die Bauplätze in Indianapolis, Indiana, Madison, Wisconsin und Springfield, Illinois sind zu klein befunden worden.

Die von Hartford, Conn. und Lincoln, Nebraska angebotenen Plätze wurden geprüft und angenommen.

Es war unmöglich in Cincinnati, Ohio, Utica und Albany, New York, passende Bauplätze für öffentliche Gebäude um billige Preise zu kaufen; auch können die Plätze für das Postgebäude und für das Schatzamt in Boston nicht erweitert werden. Es soll dies nun durch Expropriation geschehen.

Ein Theil des Bauplatzes für ein neues Postgebäude in Philadelphia, Pa., ist für einen billigen Preis erworben worden.

Für die Erwerbung passender Bauplätze für folgende Orte sind die nöthigen Einleitungen getroffen worden:

Atlanta, Ga.; Jersey City, N. J.; Little Rock, Ark.; Memphis, Tenn., und Pittsburg, Pa.

Für verschiedene öffentliche Gebäude in den nachfolgenden Ortschaften sind bereits Pläne entworfen worden:

Philadelphia, Pa.; Cincinnati, Ohio, Parkersburgh, W. Va.; Evansville, Ind.; Dover, Delaware, und für das Marine-Hospital in San Francisco.

Der Berichterstatter empfiehlt die Appropriation gewisser Besitzungen in St. Paul, Minn., zum Zweck der Erweiterung des Customhauses. Das Customhaus in Baltimore ist vergrößert worden und entspricht nun allen Anforderungen. Die bedeutende Vermehrung der Geschäfte im Finanz-Departement der New Yorker Post-Office machte verschiedene Accommodationen für diesen Zweig im zweiten Stock des neuen Postgebäudes nöthig, die Folge davon war, daß das Gebäude einen vierten Stock erhält, was durch eine Acte vom 3. März 1873 ermöglicht wird. Herr Mullet glaubt, daß das neue Gebäude am 4. Juli 1874 dem Postdienst übergeben werden kann. Die Größe und experimentale Construction des Gebäudes machen eine genaue Schätzung der Baukosten unmöglich.

Man darf jedoch annehmen, daß die Kosten die Summe von $6,5000,000 bis $7,000,000 nicht übersteigen werden. Diese Summe scheint enorm zu sein, ist aber, wie Herr Mullet behauptet, mit Rücksicht auf die Größe und Construktion des Gebäudes keineswegs zu hoch. Es ist das größte Marmorgebäude, welches die Regierung außerhalb des Distrikts Columbia je gebaut hat und das größte und zweckmäßigste Postgebäude der Welt.

Hr. Mullett bemerkt ferner, daß er für die Ausgabe und Annahme der Briefe im Basement eine ähnliche Einrichtung getroffen wie bei der neuen Postoffice in St. Louis. Zur Bequemlichkeit der Zeitungs-Herausgeber wurde für die Arrangirung und Ablieferung der Zeitungen ein besonderer Raum in dieem Theile des Gebäudes reservirt. Die Größe des Gebäudes läßt sich daraus entnehmen, daß die jetzt folgende Arbeiten ausgeführt und Materialien verwendet worden: 94,000 Kubikyard Erde ausgegraben; 8000 Kubikyard Concrete: 5500 Kubikyard gebrochene Steine; 15,008,000 Ziegel, 50,000 Fässer Cement, 15,000 Kubikyard Sand, 50,000 Kubikfuß Granit, 6000 Tonnen Guß- und Schmiedeisen, 350,000 Fuß (Bretterma ß) Holz, 5000 Pfund Blei und über 1,000,000 Arbeitstage. — Das Postoffice- und Schatzamtsgebäude in Boston wird bis zum nächsten Frühjahr vollendet sein. Die Schuld dieser Verzögerung mißt Hr. Mullet dem großen Brande zu.

Von dem neuen Gebäude in Chicago ist das Fundament gelegt und das Basement aufgeführt. Die weitere Arbeit wird weniger schwierigkeiten bieten, als man anfangs zu überwinden hatte. Für die Front an der Adams Straße sind gegenwärtig keine Bewilligungen gemacht, und der Congreß wird dadurch ersucht, den Ausbau dieses Flügels des Gebäudes gleichzeitig mit dem übrigen Theile zu erlauben resp. die nöthigen Gelder zu bewilligen.

Die neue Münze in San Francisco ist vollendet und brauchen nur noch die Maschinen aufgestellt zu werden. Die Größe des Gebäudes entspricht den Erfordernissen zwar mit Bequemlichkeit, doch — entgegen einer mehrfach ausgesprochenen Behauptung — ohne Raumverschwendung. Der Contraktor für die Sandsteine hat Steine von anderer Gattung geliefert, als der Contrakt vorschrieb, und da die Arbeiten bereits ausgeführt waren, ehe der Superintendent dahinter kam, konnte weiter nichts geschehen, als daß dem Contraktor die Zahlung verweigert wurde, bis der Congreß die Sache untersucht habe.

In Bezug auf Portland, Oregen, empfiehlt der Berichterstatter die Herstellung eines einfachen Customhauses. Mit der St. Louis Tunnel- und Brücken-Compagnie wurde ein Arrangement erzielt, in Folge dessen die Postsachen von allen verschiedenen Linien in dem Gebäude abgegeben werden, welches in St. Louis errichtet wird. Der Fortschritt dieses Gebäudes ist sehr unbefriedigend, weil die St. Louis Marmor-Compagnie nicht genug Baumaterial zu liefern im Stande ist. Herr Mullett empfiehlt die Erbauung eines neuen Postgebäudes in San Francisco und die Erweiterung und zweckmäßige Einrichtung des Münzgebäudes. Die im Bau begriffenen öffentlichen Gebäude in Hartford, Conn., und Trenton, N. J., schreiten rasch vorwärts. Der Berichterstatter drückt über die baulichen Veränderungen des Customhauses in Boston seine Befriedigung aus. Er erklärt das Postgebäude und das Customhaus von Pittsburg für zu klein, weshalb er die Herstellung neuer Gebäude empfiehlt. Dasselbe gilt von Toledo, Ohio. Die Bewilligungen für die öffentlichen Banten in Nashville, Tenn., Atlanta, Ga., Fall River, Mass., Covington, Ky., Evansville, Ind., und verschiedenen andern Städten sind nach Herrn Mullett viel zu gering. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Herstellung kleiner und unzureichender Gebäude durchaus keine Ersparniß zunehmen eine Beschwendung ist.

Uebergehend zu den verschiedenen Obliegenheiten des betreffenden Amts sagt Hr. Mullett, daß dasselbe die Ansicht über 120 Gebäude besitzt und denselben Bon der Regierung gebaut worden. Von diesen sind 12, welche $748,006.91 kosteten und die dem Zwecke nicht entsprechend für $291,336.19 verkauft wurden. Vier andere Gebäude werden aus den alten Gründen verkauft werden; drei davon, welche $82,861.19 kosteten, sind zum öffentlichen Verkauf ausgeboten, aber noch nicht verkauft worden. Von den übrigen 72 Gebäuden sind 8 als total unzweckmäßig erklärt worden. Daraus geht hervor, daß von 88 Gebäuden, welche $27,741,328.86 gekostet haben 29, welche die Summe von $3,820,951.47 repräsentiren, dem Zwecke nicht entsprechen. Es sind von 59 Gebäuden 5 erweitert und 13 umgebaut worden und in kurzer Zeit müssen sechs andere erweitert und zwei umgebaut werden. Im Ganzen können nur 33 der öffentlichen Gebäude als vollständig zweckentsprechend betrachtet werden. Von diesen sind die meisten in Städten und Towns, welche von geringer Bedeutung sind; von den öffentlichen Gebäuden, welche in den 10 größten Städten der Union vor dem Jahre 1865 erbaut wurden, sind nur vier von permanentem Werth, nämlich das Customhaus in Boston, das Schatzamtsgebäude in New York, das Customhaus in Baltimore und das Customhaus in New Orleans. Herr Mullett macht Angesichts dieser Thatsache die Anregung, daß man in solchen Fällen, wo die Geldbewilligung nicht zu einem zweckmäßigen Gebäude hinreiche, lieber warten solle, bevor man ein Gebäude errichte, das sich nachher als unbrauchbar erweist.

Es mag übertrieben erschinen und doch ist es Thatsache, daß das Schatzamts-Gebäude nicht mehr als die Hälfte der erforderlichen Capazität hat. Der Bericht schlägt hierauf die vorzunehmenden baulichen Aenderungen und Einrichtungen vor. Auch macht er auf die Nothwendigkeit vermehrter Räumlichkeiten für das Zoll-Departement in der Stadt New York aufmerksam. Die in früheren Berichten ausgesprochene Befürchtung hat sich bestätigt, daß es nothwendig geworden sei, anderweitige Locale für den Vollzug der dortigen Zoll- und Hafengeschäfte zu miethen. Er schlägt vor, von der Stadt New York den ganzen Battery-Platz für Zollhaus-Zwecke zu acquiriren. In derselben Localität sollte dem Vorschlag des Architekten gemäß, auch ein Magazin des Zollzul-Taxators errichtet werden. Er beantragte, daß man das Departement bevollmächtigte, das Grundstück für den Bau des Regierungsgebäudes in Albany, N. Y., anzukaufen, da keine Hoffnung vorhanden ist, daß die Stadtbehörden für ein geeignetes Lokal sorgen werden. Ferner empfiehlt er die Erweiterung des Zollhauses in Detroit. Am Schlusse verlangt der Architekt die Aufhebung oder Modificirung des Acht-Stunden-Arbeiter-Gesetzes, das, wie er sagt, der Regierung schon Millionen gekostet, ohne daß es den Handwerkern und Arbeitern auch nur im Geringsten zur Wohlfahrt gereicht hat.

Lewes, Del., 4. Dezbr. Der Dampfer „Ohio" von der American Dampferlinie in Philadelphia kam heute Abend hier an.

Die Einwanderung.

Der Bericht des Vorstehers des statistischen Bureaus zu Washington sagt über die Einwanderung:

„Die Forderung, nicht allein über Alter, Geschlecht und Ankunftsplätze, sondern auch über Vaterland und Gewerbe der starken und sich stets vermehrenden Einwanderung genaue Berichte zu sammeln und zu veröffentlichen, hat dieser Abtheilung neue Pflichten auferlegt. Es sind besondere Veranstaltungen getroffen worden, über diese Punkte sichere Angaben zu erhalten, so daß die durch das Bureau veröffentlichten Zusammenstellungen jetzt für vollständig und zuverlässig gelten mögen. Die Wichtigkeit des alljährlichen Zuflusses von Fremden für unser Land erheischt mehr als gewöhnliche Sorgfalt in Tarlegung der Thatsachen.

Wahrscheinlich werden keine Emigranten des europäischen Continents hier wärmer bewillkommnet als die Skandinavier. Nachdem daher die Berichte in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht wurden, erschien es gerecht und wünschenswerth, daß die Fremdlinge der nordischen Länder mit solchen in ihrer eigenen Sprache versehen wurden. Es ist also eine Uebersetzung ins Schwedische veranstaltet worden, die nächstens dem Congreß mit dem Antrage vorgelegt werden wird, 50,000 Exemplare zu drucken, um sie in den skandinavischen Landestheilen zu vertheilen.

Auch ist dringend gefordert worden, eine Uebertragung ins Slavische zu veranlassen, das nicht allein in Rußland und Polen, sondern auch in Böhmen, Schlesien und Mähren gesprochen wird, von wo uns viele Einwanderer zuströmen würden, wenn sie über unser Land gehörig unterrichtet wären.

Die englische Ausgabe von 10,000 Exemplare, die in Großbritannien unentgeldlich verbreitet worden, ist nahezu erschöpft und eine neue Auflage, mit einer Karte der Ver. Staaten, dringend empfohlen. Da der Bericht stereotypirt worden ist, so fallen die Kosten für Papier, Druck und Heften nicht sehr in's Gewicht. Niemals war das Bedürfniß dafür so ausgesprochen und die Vortheile so ersichtlich als jetzt.

Die Einwanderung männlicher Personen aus England, Schottland und Wales während des letzten Fiscaljahres war fast genau dieselbe wie im vorhergehenden Jahre, nämlich 51,121 in 1872 und 51,144 in 1871, und doch war der Ueberschuß Erwachsener, die ein Handwerk betrieben, 2681 gegen 1871. Der größte Zuwachs fand bei folgenden Gewerken Statt:

Schlosser 92, Kupferschmiede 36, Ziegler 31, Kunsttischler 48, Zimmerleute 376, Schreiner 534, Färber 22, Gärtner 107, Juweiler 76, Fabrikarbeiter 93, Maurer 726, Müller 60, Bergleute 549, Former 82, Maler 176, Klempner 98, Drucker 61, Sattler 30, Schuhmacher 160, Spinner 120, Schneider 38, Weber 316, Stellmacher 73.

Die englischen Einwanderer, einschließlich einiger kleinen Bauern und einiger Gewerbs- und Handelsleute bringen baares Geld zur Anlage in den Ver. Staatspapieren oder zur Werthschaftseinrichtung mit.

Die Anfragen von Leuten, die Land erwerben wollen, haben den Schriftwechsel des Bureaus bedeutend vermehrt. Die Gesammtzahl der Personen fremder Geburt, die sich in dem mit dem 30. Juni 1873 endenden Fiskaljahre entschlossen, die Ver. Staaten zu ihrer künftigen Heimath zu machen, ist 459,303 worunter 275,792 männliche und 183,011 weibliche, ein Zuwachs gegen 1872 von 54,997 oder 13½ Procent.

Die größte Steigerung war 25,034 oder 18 1/5 Procent aus Deutschland, während aus England 5,037 oder 7½ Procent mehr kamen, von Irland 8,612 oder 12½ Procent, von Frankreich faß 49 Procent, nämlich 14,793 gegen 9,317.

Wenn der durchschnittliche Werth eines Einwanderers mit $800 veranschlagt wird, so gewann das Nationalvermögen im letzten Jahr $360,842,400. Es scheint, daß eine so reiche Vermehrung des öffentlichen Wohlstandes die Ausgabe einer Summe rechtfertigt, die hinreichend ist, um die Aufklärungen zu verbreiten, welche dazu dienen, die Fluth des Auswanderungsstromes anzuschwellen."

Falsche Positionen.

Viele Blätter im Lande nehmen in der Cuba-Frage eine vollständig falsche Position ein. Namentlich gilt Das von denen im Westen, welchen die eigentliche Bedeutung dieser Frage ganz verschwindet vor den Reflexionen darüber, welchen Schaden ein Krieg dem Wohlstande des Landes bringen könne, oder welche Betrügereien sich daran in Washington knüpfen würden. „Schon 2 Millionen verkrümelt, heißt es, bloß zu Vorbereitungen zu Schiffserüstungen noch vor einer Kriegserklärung; wohin würde der Krieg selbst führen?"

Das aber kann nicht der richtige Gesichts-Punkt sein, aus welchem diese Cuba-Frage zu betrachten ist. Die Republik der Ver. Staaten, welche so zuvorkommend, ja so übereilt die Republik in Frankreich anerkannte, welche gar keine ist, und der Schein-Republik zu Madrid ihr Compliment machte, hat sich bezüglich der republikanischen Erhebung in Cuba höchst feig und unwürdig benommen. Dort, in weiter Ferne, wo es nicht die mindeste Gefahr verursachte, wo jedoch eine richtige Diplomatie eine Zögerung erheischt hätte, war man mit der Anerkennung republikanischer Regungen auf das Schnellste bei der Hand. Hier aber bei Cuba, dessen republikanische Befreiung von einem blutigen europäischen Joch in nächster Nähe im Interesse der Humanität, der amerikanischen Prinzipien (Monroe-Doktrin) und der materiellen Interessen der Union geboten ist, wollte man Nichts wissen von einer Anerkennung, ja nur von einer Berücksichtigung von republikanischen Bewegungen, die schon seit 5 Jahren mit aller Energie um den Sieg kämpfen.

Durch diese Politik gerieth man in eine ganz schiefe Position und mußte sich von Freund und Feind der Inconsequenz beschuldigen lassen. Was man in Süd- und Central Amerika und in Mexiko für Recht erklärt, unterstützt und anerkennt, was man selbst in langem Krieg durchgeführt hatte, was in der Monroe-Doktrin zum Prinzip amerikanischer Politik erhoben war, die Befreiung Amerikas von europäischem Joch, das wollte man für Cuba nicht anerkennen, und sein Kämpfen für dieses Prinzip wurde nicht anerkannt und fortwährend erschwert und verhindert.

Und wenn eine solche feige, würdelose Politik? Weil man nicht den Muth hatte, weil man nicht die Flotten-Mittel besaß, trotz der Verschwendung von hunderten von Millionen, um nur die Achtung der amerikanischen Flagge von den Spaniern und die Schonung von Leben und Eigenthum amerikanischer Bürger von den spanischen Janitscharen auf Cuba zu erzwingen. Diese Position wurde noch unhaltbarer und unwürdiger, als die republikanischen Cubaner die Emanzipation der Sklaven erklärten, während sich jene Janitscharen derselben widersetzten. Der Haupt-Agitator der Sklaven-Emancipation, Senator Sumner, mußte sich jetzt gedrehen, als ob er jener Emancipation keinen Glauben schenke, nur um den Cubanern die Anerkennung verlagen zu können.

Durch die übereitle Anerkennung der Republik zu Madrid — und auf diese Stadt beschränkt sich deren Autorität — gerieth man in die noch fatalere Lage, daß man nun aus Rücksicht auf diese Schein-Republik und um ihr nicht zu schaden, nicht allein die wirkliche kämpfende Republik auf Cuba ganz im Stich lassen, sondern auch alle Beleidigungen und Mordthaten der cubanischen Janitscharen ruhig hinnehmen mußte.

Da kam die Virginius-Affaire. Die Frechheit und Barbarei, welche sich dabei ohne Rücksicht auf jedes Völkerrecht geltend machte, nöthigte die Regierung endlich ernste Schritte zu thun; aber einige Versprechungen in Madrid brachten wieder das alte Kniechlettern zu Wege. Soll dieses unwürdige Treiben gar nicht aufhören und wollen gewisse Blätter, aus bloßer Furcht, daß ihre regierenden Herrn in Washington sich durch den Krieg bereichern, daß Ehre und Humanität und das materielle Interesse des Landes zugleich geopfert wird?

Alle jene Nebenrücksichten, daß man Grant und seinem Cabinet keine Kriegsgelder verwilligen, oder kein neues „Prestige" in den Augen der Massen schaffen will, treten in den Hintergrund gegen die moralische und politische Nothwendigkeit, daß die Mörder auf Cuba gezüchtigt werden müssen und die Republik auf Cuba anzuerkennen ist.

Die Feldarbeiter-Vereine in England.

Karl Blind schreibt von London am 6. November über die Feld-Arbeiter-Vereine wie folgt:

London, 6. Nov.

Gestern und vorgestern fand hier eine Versammlung von Bevollmächtigten einer Anzahl Feldarbeiter-Vereine statt, welche für die Lösung der Grundeigenthums-frage von Wichtigkeit werden dürfte.

Von der Million ländlicher Tagelöhner, die sich auf englischem Boden befindet, sind etwa 250,000 in die „National-Union" eingetreten, die auf Betrieb Joseph Arch's, des bekannten Führers der Feldarbeiter und Methodisten-Predigers, gegründet wurde. Auch selbst ist in neuester Zeit in Sachen der Auswanderung thätig gewesen. In Begleitung eines Freundes, der seither regelmäßig Berichte an die „Daily News" geliefert hat, ging er nach Canada, um sich Land und Leute dort zu besichtigen. Zufolge den neuesten, hier eingetroffen Nachrichten steht er jetzt in Verbindung mit der Regierung von Ontario, um englische Heuerlinge nach Canada zu bringen, wo ihnen ein Stück Land nebst Wohnung gewährt, wie auch Arbeit zugesichert werden soll, mittelst deren sie etwas Capital zur Bearbeitung ihrer Farmen zusammenzubringen in Stand gesetzt werden. Hundert englische Feldarbeiter-Familien sollen vorerst durch Herrn Arch's Bemühungen im nächsten Frühjahr auf diese Weise nach den britischen Besitzungen in Nord-Amerika verpflanzt werden.

Herr Arch selbst hat hierüber gemeldet, daß die Stellung eines freien Landmann's in Canada nur durch die härteste Arbeit errungen und gehalten werden könne, wie sie sogar der tiefgedrückte englische Heuerling kaum gewohnt sei. Nach langen Jahren der Mühe winke dem unablässig thätigen Manne allerdings die volle Unabhängigkeit. Nicht leicht sei es aber, unter dem hiesigen ackerbautreibenden Volke die Charaktere zu finden, welche diese Mühseligkeiten durchzumachen bereit oder fähig sind. Der Jahrhunderte hindurch auf sie geübte Druck hat ihre Spannkraft abgeschwächt; nur zu sehr ist zu befürchten, daß in den Wildnissen von Canada Manchen die Sehnsucht nach den Fleischtöpfen Alt-Englands überkommen würde. (Hierzu muß bemerkt werden, daß Herr Arch zuletzt die Vereinigten Staaten und auch Philadelphia besuchte und hier äußerte, die Union sei ein besseres Ziel für die Auswanderung als Canada, obgleich dort direkte Unterstützung gegeben wird. Er werde im nächsten Jahr für weitere Untersuchungen zurückkehren. (A. d. R.) Herr Arch will jedoch den Versuch mit einer Anzahl ländlicher Taglöhner machen. Sein Bestreben wird also, wie er selbst sagt, darauf gerichtet sein müssen, gerade die besten Kräfte — „picked men" — dieses Standes von England wegzuziehen.

Ich habe bereits bei Anlaß der Abreise dieses bisher so thätigen Führers bemerkt, daß es unmöglich sei, gleichzeitig hier eine geschlossene Partei zusammenzuhalten, welche gegen die Feudal-Zustände ankämpft, und dabei „Auswanderungspläne" zu fördern, welche der „National-Union" unabläßig die tüchtigsten Elemente entziehen würden. Wenn die Lage der Feldarbeiter dauernd verbessert, wenn nicht bloß eine zeitweise Lohnerhöhung, sondern eine Aenderung der Grundeigenthums-Gesetze erzielt; wenn aus „Land-Sclaven" ein freier, mit vollem Staatsbürgerrecht ausgestatteter Bauernstand hergestellt werden soll, so darf man die in die Union Eingereihten nicht die Klinte in's Korn werfen, nicht nach Ländern jenseits des Oceans abziehen heißen, muß ihre Schaar vielmehr hier zusammenhalten.

Herr Arch hat ein anderes Theil erwählt. Naturgemäß vollzieht sich daher unter der kampflustigeren Partei der Feldarbeiter die Gegenbewegung, welche in diesen Briefen als das unausbleibliche Ergebniß seines Verfahrens vorhergesagt wurde.

Die oben erwähnte Bevollmächtigten-Versammlung vertritt nämlich die auf eine Umwandlung der englischen Feudal-Zustände abzielende, entschieden demokratische Richtung. Fünfzigtausend Acker-Arbeiter haben sich bereits zusammengethan, um eine von der „National Union" abgesonderte, dem Einflusse des Herrn Arch nicht mehr unterstehende besondere Gesellschaft zu bilden. Sie legte sich in ihren soeben gehaltenen Sitzungen den Namen eines „Bundes-Vereins der ackerbautreibenden und andern Tagelöhner" zu. Den Vorsitz bei diesen Versammlungen nahm der städtische Arbeiterführer Georg Odgar ein, der mit Karl Bradlough unter den Volksschichten die republikanische Propaganda leitet.

Die Bestimmung wurde getroffen, daß im Volkugs-Ausschusse nur Mitglieder dieses Bundes-Vereins oder des Londoner Gewerksrathes Sitz und Stimme haben sollen. Diese und andere Verfügungen weisen klar darauf hin, daß die Ansicht vorliegt, alle Halben fernzuhalten und zwischen ländlicher und städtischer Demokratie ein festes Band zu knüpfen.

In einer von dem Londoner Gewerksrathe auf gestern Abend berufenen allgemeinen Versammlung wurden Beschlüsse gefaßt, dahin lautend: es sei wünschenswerth, sowohl im Interesse der ackerbauenden Bevölkerung, wie des Staatswohles überhaupt, daß nicht allein die auf Ersitzhurtsrechte und Stammgüter bezüglichen Gesetze abgeschafft, sondern auch sonstige tiefgreifende Aenderungen in Sachen des Grundeigenthums herbeigeführt werden. Sodann, daß das Stimmrecht in Stadt und Land auf gleiche Linie zu stellen; und endlich, daß die vorhandenen Bestimmungen über das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abzuschaffen seien.

Der Hoosac-Tunnel.

Am Danksagungstage wurde der Hoosac-Tunnel, so weit es sich um die Durchbrechung des Berges handelte, vollendet. Damit treten die Staaten New York und Massachusetts in eine engere Beziehung zu einander. Der Tunnel hat eine Länge von 4¾ Meilen. Ueber dieses großartige Unternehmen sind in den letzten 20 Jahren so viele Broschüren, Memoriale, Gutachten und Zeitungsartikel geschrieben worden, daß man aus den Papieren einen Berg bilden könnte, so groß wie der Hoosac. Es gab vor Beginn des eigentlichen Unternehmens sehr viel zu thun. Es galt, die Leute von der Möglichkeit des Unternehmens zu überzeugen, Geld aufzutreiben und Berge von Schwierigkeiten zu überwinden, bevor man an den Hoosac selbst gelangte.

Der erste Gedanke, den Berg zu durchbrechen, entstand schon vor 30 Jahren. Es wurde damals der Vorschlag gemacht, von Boston aus einen Canal bis zum Hudson River zu graben. Sollte das geschehen, so mußte der Hoosac durchbrochen werden und das war es auch, was die Commissäre schon im Jahre 1842 empfahlen. Allein mit der Einrichtung von Eisenbahnen traten die Canäle in den Hintergrund. Sie war es denn eine Eisenbahn-Compagnie, welche im Jahre 1848 das Werk in Angriff nahm. Man setzte voraus, daß in sieben Jahren der Tunnel vollendet sei. Aber schon im Jahre 1850 wurde die Zeit verlängert. Nach vielen vergeblichen Versuchen betheiligte sich endlich Massachusetts mit einer bedeutenden Geldsumme an dem großartigen Unternehmen, freilich unter Bedingungen, welche die Sache erschwerten. Im Jahre 1856 endlich wurde mit Herman Haupt u. Co. ein Vertrag abgeschlossen, in Folge dessen die genannte Firma den Berg für $4,000,000 zu durchbrechen hatte. Die eine Hälfte dieser Summe sollte durch die Staatsanleihe, die andere von der Compagnie bezahlt werden. Aus dieser Bestimmung gingen neue Schwierigkeiten hervor. Die Geschichte derselben hat aber nur für den Staat Massachusetts einiges Interesse und kann also hier füglich übergangen werden. Es kam so weit, daß am 12. Juli 1861 das Werk unterbrochen wurde und im folgenden Jahre beschloß endlich der Staat, das Unternehmen auf eigene Faust zu vollenden.

Aber erst im Oktober des Jahres 1863 wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Um diese Zeit war blos der zweitte Theil der Arbeit gethan. Es erhoben sich neue Schwierigkeiten, bis endlich am 24. Dezember 1868 ein neuer Vertrag mit den Herren Walter und Francis Shanley von Canada abgeschlossen wurde, in welchem sich die Unternehmer verpflichten, den Tunnell bis am 1. März 1874 für die Summe von $1,594,268 zu vollenden. Nach diesem Vertrag wurde denn auch das Werk ausgeführt.

Der Berg Hoosac ist ein Theil der Green-Mountain-Kette, welche selbst zu dem Appalachian-Gebirge gehört, das sich parallel mit der Küste von New-Hampshire bis nach Virginien erstreckt. Dieser Berg hat insofern die Stadt New York begünstigt, als er den westlichen Handel zwang, die Wasserstraßen zu benutzen. Der Hoosac hat zwei Gipfel, von denen der eine 6100 und der andere 6700 Fuß über dem Tunnel sich erhebt. Das zwischen beiden Gipfeln liegende Thal liegt 8—900 Fuß hoch.

Die ganze Länge des Tunnels beträgt 25,031 Fuß. Er ist 26 Fuß breit und hat eine Höhe von 23—26 Fuß. Seine Neigung gegen die Mitte beträgt 26 Fuß auf die Meile. Der Tunnel wurde von beiden Seiten des